



# Wahlprogramm der Juso- Hochschulgruppe Karlsruhe 2013

Jusos – studentisch. unabhängig. solidarisch.



# **INHALT**

<b>WAHLAUFRUF</b>	<b>3</b>
<b>I DIE JUSO-HOCHSCHULGRUPPE KARLSRUHE</b>	<b>4</b>
I.1 Gremienarbeit	4
I.2 Wer wir sind und was wir tun	4
<b>II STUDIENSTRUKTUR – BOLOGNA: EIN MONSTRUM?</b>	<b>7</b>
II.1 Echte Modularität der Studienstruktur	7
II.2 Master für alle! Mobilität ermöglichen – nicht erzwingen	7
II.3 Studienleistungen anerkennen	7
II.4 Studienzeit entzerren – Höchststudiedauer abschaffen	8
<b>III STUDIENFINANZIERUNG</b>	<b>9</b>
III.1 BAföG vs. Deutschlandstipendium	9
III.2 Studiengebühren	9
<b>IV STUDENTISCHES LEBEN IN KARLSRUHE UND AM KIT</b>	<b>10</b>
IV.1 Wohnungssituation – Wir kommen um zu bleiben	10
IV.2 Kinderbetreuung – Rechtsanspruch erfüllen	10
IV.3 Mensa	11
IV.4 Bibliothek und Lernräume	11
IV.5 Seminaranmeldung vereinheitlichen	11
IV.6 Dominanz einzelner Studienfächer	11
IV.7 Zugang zum W-LAN campusweit gewährleisten	12
IV.8 Transparente Dozent*innen-Sprechzeiten	12
IV.9 Kommunalpolitik	12
<b>V GUTE ARBEIT</b>	<b>13</b>
V.1 HiWis müssen fairen Lohn erhalten – und zwar rechtzeitig	13
V.2 Wissenschaftliche Karrieren – Herrschinger Kodex umsetzen	13
V.3 Faire Praktika	14
<b>VI HOCHSCHULFINANZIERUNG</b>	<b>15</b>
VI.1 Faire Allokation – Grund- und Drittmittel quotieren	15
VI.2 Reform der Bund-Länder-Finanzierungsprojekte	16

## **WAHLAUFRUF**

Liebe Kommilitoninnen und Kommilitonen,

vom 14. bis 18. Januar 2012 finden die Wahlen zum voraussichtlich letzten Studierendenparlament (StuPa) im unabhängigen Modell sowie zu den Fachschaftsvorständen statt. Mit der Wiedereinführung der verfassten Studierendenschaft (VS) werden sich sobald als möglich die allgemeinen Gremien konstituieren und das StuPa des unabhängigen Modells wird sich auflösen. Das macht die anstehenden Aufgaben des kommenden Übergangs-StuPa besonders interessant, denn hier werden die Weichen für die VS gestellt.

Sofern Du am Karlsruher Institut für Technologie (KIT) immatrikuliert bist, kannst Du an der Wahl teilnehmen und über die Geschicke der Studierendenschaft mitentscheiden – ganz gleich ob Du Bachelor-, Master-, Diplom- und Promotionsstudent\*in bist.

Wir, die Juso-Hochschulgruppe Karlsruhe, treten dieses Jahr mit einer Liste von 15 engagierten und aktiven Studierenden unterschiedlichster Fachrichtungen unter dem Namen **Jusos – studentisch. unabhängig. solidarisch.** an. Mit dem vorliegenden Wahlprogramm wollen wir uns, unsere Aktivitäten und Positionen vorstellen und mit Dir darüber diskutieren. Außerdem wollen wir Dich auf den folgenden Seiten überzeugen, dass Deine Stimme bei uns gut aufgehoben ist!

*Deine Juso-Hochschulgruppe Karlsruhe*

# I DIE JUSO-HOCHSCHULGRUPPE KARLSRUHE

Gesellschaftliches Engagement hat viele Gesichter. Diese Vielfältigkeit versuchen wir auch bei uns in der Gruppe abzubilden. Neben der Gremienarbeit am KIT, in der wir unsere politischen Versprechen in die Tat umsetzen, sind wir integraler Bestandteil des studentischen Lebens auf dem Campus. Mit kulturellen sowie Diskussionsveranstaltungen machen wir uns in abwechslungsreicher Weise für unsere Positionen stark und werben für den politischen Diskurs.

## I.1 Gremienarbeit

Engagiert sein heißt für uns auch, dass wir aktiv in den Gremien der studentischen Selbstverwaltung sowie der Hochschule mitarbeiten und mitbestimmen. Durch Deine Stimme bei der StuPa-Wahl erhalten wir die Aufforderung und Legitimation dazu! Um unseren Versprechen Taten folgen zu lassen, ist jedes Mitglied der Juso-Fraktion im StuPa in mindestens einem Arbeitskreis der Studierendenschaft oder einer Senatskommission aktiv. Für uns bedeutet ein StuPa-Mandat mehr als langwierige Diskussionen, es beinhaltet auch die Verantwortung, die Interessen der Studierendenschaft – Deine Interessen – aktiv zu vertreten. Engagement in den Gremien setzt bei uns jedoch kein Mandat voraus. Viele unserer Mitglieder, die nicht im StuPa sitzen, bringen sich intensiv in die Gremien des KIT und der Studierendenschaft ein.

Konkret findest Du uns in den Strukturen der Studierendenschaft als Referenten im Unabhängigen Studierendenausschuss (UStA) als Vorsitz des Haushalts- und des Außenausschusses im StuPa, als Vorsitz des Wahlausschusses zur Urabstimmung und im Wahlausschuss zur U-Modellwahl. Daneben engagieren sich einige Mitglieder der Juso-Hochschulgruppe auch in ihrer Fachschaft oder besuchen die Fachschaftenkonferenz (FSK). In den KIT- und Studentenwerksgremien vertreten wir Deine Interessen als studentische Vertreter im Verwaltungsrat des Studentenwerks, in der Vertreterversammlung des Studentenwerks, in der Senatskommission für Lehre und Studium, in der Senatskommission für die Verteilung der Qualitätssicherungsmittel (Ausgleichsfinanzierung Studiengebühren), im Ausschuss für die IV-Dienste in Lehre, Studium und Weiterbildung, im Ausschuss für das Bibliothekswesen und in der Findungskommission für die Neubesetzung der/des Vizepräsident\*in für Lehre.

Mit unserem Engagement in den Gremien wollen wir Missstände nicht nur beklagen, sondern beheben. Dieses Engagement wollen wir fortsetzen – deshalb werben wir um Zuwachs für unsere Fraktion im StuPa!

## I.2 Wer wir sind und was wir tun

Wir sind eine vielseitige Gruppe von Studierenden an den Hochschulen in Karlsruhe, die die Weiterentwicklung der Karlsruher Hochschulen mitgestaltet und sich den

Grundwerten sozialer Demokratie – Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität – verpflichtet fühlt. Allen Studierenden an den Hochschulen in Karlsruhe, die sich diesen Grundwerten verschrieben fühlen, möchten wir eine offene Diskussionsplattform bieten. Dies und der Anspruch, in allen Teilen der Gesellschaft zu wirken, unterscheiden uns auch von den meisten anderen hochschulpolitischen Gruppierungen.

Im vergangenen Jahr haben wir nicht nur die Abschaffung der Studiengebühren gefeiert und die ersten Schritte zur Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft mitverfolgt, sondern durch unsere Veranstaltungen und Aktionen besondere Akzente gesetzt. Die fünf Highlights des letzten Jahres stellen wir Dir hier kurz vor!

**Rede im Landtag zum VS-Gesetzgebungsprozess:** Hochschulpolitisch konnten wir Einfluss auf die Gesetzgebung zur Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft (VS) nehmen. Mit einer sehr umfassenden Kommentierung des Gesetzentwurfs der Landesregierung haben die Juso-Hochschulgruppen Baden-Württemberg studentische Positionen in den Gesetzgebungsprozess eingebracht. Unser Mitglied Noah Fleischer konnte sogar als einer von sechs Studierenden im Landtag eine Rede zum Gesetzentwurf halten.

**Live-Auftritt zur HiWi-Lohn-Kampagne:** Am KIT hatten wir mit unserer Kampagne gegen die verspätete Lohnauszahlung an studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte großen Erfolg. Die vom UStA gestartete und von mehreren Hochschulgruppen ergänzte Kampagne zwang das KIT, die Löhne schneller wieder pünktlich auszuzahlen als zunächst angekündigt worden war. Der öffentliche Druck entstand insbesondere auch durch den Live-Auftritt unseres Sprechers Niklas Horstmann bei Baden TV, woraufhin sich auch die Vizepräsidentin für Personal Frau Dr. Barnstedt im Fernsehen äußerte.

**Arbeiterliederschlonz:** Kulturell haben wir den Campus mit unserem einmal im Semester stattfindenden Arbeiterliederschlonz bereichert. Wie jedes Semester wurde das AKK für einen Abend untermalt von Liedern der Arbeiter- und Freiheitsbewegung zum klassischen Look des früheren Proletariats.

**Syrienveranstaltung:** Im Wintersemester 2011/2012 organisierten wir unsere zweite Syrienveranstaltung und regten über 60 Studierende dazu an, über den Konflikt in Syrien zu diskutieren. Dabei gelang uns ein spannender Austausch mit syrischen Studierenden, die den Konflikt von sehr verschiedenen Perspektiven betrachten.

**Sportförderung – Sanierung des Alten Rasen:** Anfang des Sommersemesters hat uns der AK Sport des Hans-Dickmann-Kollegs (HaDiKo) darauf aufmerksam gemacht, wie schwer es für studentische Gruppen ist, die Sportplätze am KIT zu nutzen. Daraufhin nahmen wir Gespräche mit Herrn Blicher vom Sportinstitut auf und brachten im StuPa den Vorschlag ein, den Alten Rasen aus AStA-Mitteln zu sanieren. Der Alte Rasen ist ein Sportplatz, der zurzeit aufgrund des schlechten Zustands nicht bespielt werden kann. Ab kommendem Semester wird der Alte Rasen dem Hochschulsport und der Studierendenschaft wieder zur Verfügung stehen, freie studentische Gruppen können dann direkt beim AStA Zeitslots reservieren.

**Gewonnene OB-Wahl:** Kürzlich durften wir uns nach 42 Jahren CDU-Regentschaft noch über einen fulminanten Wahlsieg bei den Wahlen zum Oberbürgermeister (OB) freuen. Mit dem Sozialdemokraten Frank Mentrup wurde ein Umdenken in der Karlsruher Kommunalpolitik angestoßen, das wir aktiv mitgestalten werden. Wir werden die kommenden Jahre dazu nutzen, den designierten OB an seine Wahlversprechen zu erinnern und deren Umsetzung einzufordern – wie an unseren konkreten Ideen weiter unten in diesem Wahlprogramm erkennbar.

## **II STUDIENSTRUKTUR – BOLOGNA: EIN MONSTRUM?**

In den nunmehr 13 Jahren seit Beschluss der so genannten Bologna-Reform ist viel über dieses Ungetüm zur Schaffung eines „einheitlichen Europäischen Hochschulraums“ gesprochen, diskutiert und gestritten worden. Wir bekennen uns zur modularisierten Studienstruktur – doch noch immer gibt es mehrere Baustellen.

### **II.1 Echte Modularität der Studienstruktur**

Die Studienstruktur wurde durch die Bologna-Reform in den letzten Jahren erheblich beeinflusst. Dieser Prozess ist noch nicht abgeschlossen. Wir wollen diesen weiterhin begleiten, um die Studierbarkeit und Mobilität zu ermöglichen.

### **II.2 Master für alle! Mobilität ermöglichen – nicht erzwingen**

Bachelorabsolvent\*innen müssen an der eigenen Hochschule einen Masterplatz angeboten bekommen. Hierzu muss sichergestellt werden, dass ausreichend Mittel und Strukturen bereits bei Studienbeginn eingeplant und bereitgestellt werden. Für viele Studierende bedeutet das Studium zum ersten Mal einen Wechsel des Wohnortes und damit einhergehend auch die Übernahme von Verantwortung für die eigene Unterkunft. Nach einem solchen Umbruch zu Beginn des Studiums ist es unverantwortlich, Studierende nach sechs Semestern durch ein zu knappes Masterangebot zu einem erneuten Umzug zu zwingen. Soziale Kontakte und Planungssicherheit sind wesentliche Faktoren für ein erfolgreiches Studium und benötigen längere Zeit an einem Wohnort.

### **II.3 Studienleistungen anerkennen**

Gleichermaßen muss es Bachelorabsolvent\*innen möglich sein, einen reibungslosen Wechsel zu einer anderen Hochschule zu vollziehen. Hierfür muss der Zugang zu Master-Plätzen vereinfacht werden. Die Anerkennung von Studienleistungen auf nationaler und internationaler Ebene gehört vereinfacht – dafür muss die Lissabon-Konvention weiter umgesetzt werden. Mit der Übernahme von Teilen der Lissabon-Konvention in das Landeshochschulgesetz hat die neue Landesregierung einen wichtigen ersten Schritt gemacht. Die Hochschulen müssen diesem Beispiel jetzt folgen.

Auch nicht-konsequente Masterstudiengänge müssen erreichbar sein – andernfalls verfehlen sie ihren Zweck. Individuelle Studienschwerpunkte sollen ohne Nachteile gewählt werden können. Der Bachelor muss stets auch als berufsqualifizierender Abschluss anerkannt werden.

## **II.4 Studienzeit entzerren – Höchststudiendauer abschaffen**

Die momentane Regelung der Regelstudienzeit lässt zu wenige Freiräume zur individuellen Studiengestaltung. Wir setzen uns dafür ein, den Prüfungsdruck zu verringern. Ein Studium in Regelstudienzeit muss möglich sein. Hierfür muss die Regelstudienzeit an real herrschende Bedingungen angepasst werden. Zeit für Praxisbezug, Auslandsaufenthalte und Praktika muss eingeplant werden. Nur so kann Selbstständigkeit, eine wesentliche Qualifikation des Studiums, gefördert werden.

Eine Exmatrikulation nach Überschreitung der Höchststudiendauer kann nicht im Interesse der Hochschulen liegen. Dies trägt individuellen Lebens- und Lernsituation keine Rechnung. Wir fordern daher: Höchststudiendauer abschaffen – Eigenverantwortung stärken!



## **III STUDIENFINANZIERUNG**

Es ist schon lange Konsens: Für den Erfolg des Studiums dürfen weder die soziale Herkunft noch die finanziellen Möglichkeiten des Elternhauses entscheidend sein. Gleichzeitig führt der Bildungsbericht 2012 eindrucksvoll vor Augen, dass dies weiterhin nicht der Realität entspricht. Wir fordern: Alleine die persönlichen Fähigkeiten und Präferenzen dürfen den Ausschlag zum Studium geben.

### **III.1 BAföG vs. Deutschlandstipendium**

Seit über 40 Jahren ermöglicht das Bundes-Ausbildungsförderungs-Gesetz (BAföG) jungen Menschen die Aufnahme eines Studiums. Doch gemessen an der Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks decken die BAföG-Sätze nicht den tatsächlichen Finanzierungsbedarf der Studierenden. Wir brauchen kein Deutschlandstipendium, sondern eine bedarfsdeckende Erhöhung der Regelsätze.

Zudem fordern wir eine vollkommene Entkoppelung der BAföG-Bezugsdauer und der Regelstudienzeit, da diese das Studium zeitlich beschränkt. Stattdessen sollte sich die Bezugsdauer an der Durchschnittsstudiendauer der einzelnen Fächer orientieren.

Schon lange wissen nicht nur Ökonomen, dass sich die Miet- und Lebenshaltungskosten in Deutschland sehr unterschiedlich entwickeln. Aus diesem Grund müssen die BAföG-Sätze an die Bedürfnisse angepasst und regional differenziert werden! Der Mietzuschuss des BAföG ist insbesondere in Groß- und Universitätsstädten viel zu gering.

Stipendien decken nur eine kleine Gruppe der Studierenden ab und sind für die Breitenförderung mehr als ungeeignet. Leider hat die aktuelle Bundesregierung durch die Einführung des Deutschlandstipendiums keine neue Fördermöglichkeit, sondern einen Gegenentwurf zum BAföG entwickelt. Denn mit der Einführung des staatlichen Stipendienprogramms wurde der Teilerlass des BAföG aufgrund guter Leistungen ersatzlos gestrichen. Stellt man Einsparungen und neue Ausgaben gegenüber, ist das Deutschlandstipendium bis zum heutigen Tage sogar ein staatliches Sparprogramm!

### **III.2 Studiengebühren**

Zusammen mit mehreren Bündnispartnern haben wir erwirkt, dass die Landesregierung die Studiengebühren zum Sommersemester 2012 abgeschafft hat. Dadurch werden Studierende massiv finanziell entlastet. Mit der gleichzeitigen Einführung der sogenannten Qualitätssicherungsmittel werden die Hochschulen in gleicher Höhe vom Land entschädigt.

## **IV STUDENTISCHES LEBEN IN KARLSRUHE UND AM KIT**

Als kommunale Hochschulgruppe fühlen wir uns nicht nur unserem Wohn- und Studienort Karlsruhe besonders verbunden – wir haben auch als Gruppe der Studierenden ein großes Gewicht in Karlsruhe. Wir machen mehr als 10% der Einwohner aus – an uns kommen kein OB und keine Stadtverwaltung so schnell vorbei. Dieses Gewicht wollen wir stärker nutzen um Karlsruhe studierendenfreundlich zu gestalten.

### **IV.1 Wohnungssituation – Wir kommen um zu bleiben**

Bundesweit leben 23% aller Studierenden in ihrem Elternhaus – viele von ihnen unfreiwillig, aufgrund der momentanen, allgemeinen Mietpreisentwicklung. Gerade einmal 12% aller Studenten (in Karlsruhe sogar nur 11%) leben in Wohnheimen. Einige Kommiliton\*innen müssen gar ihren Studienort von den Mietpreisen in den einzelnen Hochschulstädten abhängig machen. Deswegen fordern wir in Karlsruhe eine Wohnheimquote von mindestens 15%!

Der designierte Oberbürgermeister Frank Mentrup hat ein kommunales Wohnraumförderungsprogramm für Karlsruhe angekündigt. Wir werden ihn an dieses Versprechen erinnern und uns insbesondere für folgende Schritte einsetzen:

Leerstände sind grundsätzlich ineffizient und daher zu vermeiden – seien sie strukturell bedingt oder sogar spekulativ begründet. Ungenutzte Kaufhäuser, Kasernen und Bürogebäude dürfen nicht der Gentrifizierung zum Opfer fallen, sondern müssen unbedingt in bezahlbaren und sozialen Wohnraum umgewandelt werden. Alternative Wohnformen müssen öffentlich gefördert und bekannt gemacht werden.

In Karlsruhe fordern wir eine Quote für sozialen Wohnungsbau nach den Vorbildern in Hamburg und München. Dort müssen Investoren, die ein neues Gebiet oder Gebäude erschließen, bis zu zwei Drittel des Gewinns in den sozialen Wohnungsbau investieren, der insbesondere auch den Studierenden zu Gute kommt. Darüber hinaus braucht Karlsruhe dringend einen qualifizierten Mietspiegel, um den lokalen Markt für Mietwohnungen transparenter zu gestalten und für Mieter und Vermieter einen bindenden Rahmen für Mietpreise zu schaffen. So werden Mietpreisexplosionen verhindert, wie sie bereits in anderen Hochschulstädten wie Stuttgart beobachtet werden können. Denn schon heute liegt die Kaltmiete pro Quadratmeter in Karlsruhe mit 7,50€ über dem bundesweiten Durchschnitt.

### **IV.2 Kinderbetreuung – Rechtsanspruch erfüllen**

Zentraler Ansprechpartner für soziale Dienstleistungen rund um das Studium ist das Studentenwerk – dies gilt auch für die Betreuung der Kinder von Studierenden. Bei einer Quote von 7% Studierenden mit Kind klaffen Betreuungsangebot und -nachfrage weit auseinander. Zur Erfüllung des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz für

unter Dreijährige fehlen in Karlsruhe noch 600 Plätze – viele Eltern sind Studierende. Studentenwerke benötigen zusätzliche Mittel, um diesen Bedarf zu decken!

Darüber hinaus fordern wir gegenüber dem KIT, die hochschuleigenen Betreuungsangebote, die sich bislang an Mitarbeiter\*innen richten, auch für die Kinder von Studierenden zu öffnen. Auch die Stadt muss campusnahe Lösungen erarbeiten und das Kita-platzangebot in Karlsruhe ausbauen. Neben dem Studentenwerk sollten dabei auch studentische Eigeninitiativen wie die Kinderkiste des UStA eingebunden werden.

### **IV.3 Mensa**

Aufgrund der stark ansteigenden Studierendenzahlen reicht die aktuelle Kapazität der Mensa nicht mehr aus. Deswegen wird der Studentenwerksbeitrag in den nächsten drei Jahren schrittweise um 15 € erhöht, um sowohl einen Ausbau der Mensa, als auch den Ausbau der Wohnheime zu fördern. Wir werden diesen Prozess im Verwaltungsrat sowie in der Vertreterversammlung des Studentenwerks kritisch-konstruktiv begleiten.

### **IV.4 Bibliothek und Lernräume**

Insbesondere während der Prüfungszeiten gleicht die Suche nach einem Lernplatz in der Bibliothek einem Glücksspiel. Deswegen fordern wir die Öffnung von Seminarräumen in den Semesterferien. Dies wird bereits erfolgreich in den Gebäuden der WiWi-Fakultät praktiziert und muss auf das ganze KIT ausgeweitet werden.

### **IV.5 Seminaranmeldung vereinheitlichen**

Seminare müssen in fast allen Studiengängen pflichtmäßig besucht werden, ein entsprechendes Angebot gibt es nicht. Bei einer Umfrage der Fachschaft WiWi erhielten Seminare die Schulnote ausreichend. Kritisierenswert ist neben der Tatsache, dass zu wenige Seminare angeboten werden, die uneinheitliche Anmeldung zu Seminaren an verschiedenen Instituten. Die WiWi-Fakultät hat mittlerweile eine Plattform eingerichtet, auf der alle angebotenen Seminare aufgelistet werden und bei einigen auch die Anmeldung erfolgen kann. Diese und ähnliche Plattformen müssen zügig weiter ausgebaut und durch die Institute konsequent genutzt werden.

### **IV.6 Dominanz einzelner Studienfächer**

Als Geisteswissenschaftler\*in am KIT hat man es schwer. Antwortet man auf die Frage „Was studierst du?“ zum Beispiel mit „Germanistik“, „EUKLID“ oder „Pädagogik“ wird man meist entgeistert angeschaut und gefragt: „Was? Das kann man hier studieren?“.

Wir fordern ein eigenes Fakultäts-Gebäude für die Geistes- und Sozialwissenschaften. Im Moment haben die GeistSoz´ler\*innen das Franz-Schnabel-Haus (für die Germanisten), ein paar Zimmer im Kolloquium am Schloss und noch ein paar wenige andere Zimmer in verschiedenen Fakultäten. Wir fordern ein zentrales Gebäude, damit die Studierenden nicht von 40.40 zu 20.12 eilen müssen, um von einer zur nächsten Lehrveranstaltung oder Sprechstunde zu kommen. Damit würde das Leben der GeistSoz-Studierenden wesentlich vereinfacht werden.

## **IV.7 Zugang zum W-LAN campusweit gewährleisten**

In vielen Hörsälen am KIT ist noch immer kein W-LAN-Zugang gewährleistet. Gleiches gilt für viele Seminarräume und sogar ganze Gebäude. In vielen Fällen ist die Verbindung schlecht oder instabil. Dieser Zustand ist unhaltbar, ein freier Internetzugang ist grundlegend für akademisches Arbeiten. Daher fordern wir, den W-LAN-Zugang weiter auszubauen. Alle Hörsäle und studentischen Arbeitsräume am KIT müssen an das W-LAN-Netz angebunden werden.

## **IV.8 Transparente Dozent\*innen-Sprechzeiten**

Häufig wissen Studierende nicht, wer ihnen in fachlichen Fragen außerhalb der Lehrveranstaltungen beratende Hinweise geben kann. Dozent\*innen umgeben sich mit einer Aura der Unansprechbarkeit und regelmäßige Sprechzeiten sind nicht vorhanden oder werden nicht transparent ausgeschrieben. Wir fordern eine kompetente Anlaufstelle für unsere Fragen.

## **IV.9 Kommunalpolitik**

Studierende sind auch Bürger. Deswegen setzen wir uns auch in der Kommunalpolitik ein, um die Lebensbedingung der Studierenden nicht nur an der Universität, sondern auch in Karlsruhe generell zu verbessern. Ein Beispiel dafür sind die Verhandlungen über neue Formen des Semestertickets oder auch die Ausgestaltung des kommunalen Projekts „Studentenstadt 2015“.

Noch immer versuchen wir das Slacklineverbot im Schlossgarten aufzuheben, damit die Slackliner ihrem Hobby ungestört und legal nachgehen können. Wir haben dieses Thema bereits auf die Agenda von Frank Mentrup, dem zukünftigen OB unserer Stadt, gesetzt. Natürlich gibt es auch Auflagen, damit wir dies durchsetzen können: Zum Schutz der Bäume dürfen nur gepolsterte Gurte verwendet werden.

## **V GUTE ARBEIT**

Die Arbeitsbedingungen für studentische Hilfskräfte, Wissenschaftler\*innen und Doktorand\*innen an den Hochschulen werden den Anforderungen der gegenwärtigen Wissenschaftslandschaft nicht gerecht. Wissenschaft muss wieder zu einer angemessen honorierten Tätigkeit werden. Wissenschaftliche Arbeit benötigt gerechte Konditionen und sichere Beschäftigungsverhältnisse.

### **V.1 HiWis müssen fairen Lohn erhalten – und zwar rechtzeitig**

Unter anderem unsere deutliche Reaktion (mit Pressemitteilungen und einem Interview bei Baden TV) auf die Verzögerung der Lohnauszahlungen im Sommer zwang die Personalleitung des KIT zu schnellem Handeln. Wir verstehen uns auch in Zukunft als Vertreter der studentisch Beschäftigten am KIT. Langfristig wirken die Juso-Hochschulgruppen auf die Einrichtung eines bundesweiten Tarifvertrags für HiWis hin.

### **V.2 Wissenschaftliche Karrieren – Herrschinger Kodex umsetzen**

Ab 2013 tritt das KIT gegenüber seinen Mitarbeiter\*innen direkt als Arbeitgeber auf. Daraus ergeben sich neue Gestaltungsmöglichkeiten. Wir fordern das KIT auf, sich im Umgang mit den Beschäftigten am Herrschinger Kodex zu orientieren. Dafür treten wir in den Gremien des KIT und in der Studierendenschaft ein. Der Herrschinger Kodex formuliert eine Selbstverpflichtung für Hochschulen, die gute Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft gewährleisten. Besonders wichtig sind uns dabei folgende Punkte:

**Promotionsphase Absichern:** Tarifvertragliche und sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse für Promovierende sind anderen Finanzierungsformen grundsätzlich vorzuziehen. Darüber hinaus muss das KIT allen Promovierenden eine qualitativ hochwertige Betreuung anbieten.

**Familienfreundliche Hochschule:** Flexible Arbeitszeiten und Beschäftigungsmodelle sollen Eltern ermöglichen, sich auch während ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit angemessen um ihre Kinder zu kümmern. Betreuungsangebote für Studierende und Wissenschaftler\*innen mit Kind müssen ausgebaut werden. Wir nehmen damit auch die Impulse aus dem Bürgerdialog mit der SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles am 20. November im Oxford auf.

**Gleichstellung im Wissenschaftsbetrieb:** Für Frauen und Männer müssen auf allen Stufen der wissenschaftlichen Laufbahn gleiche Chancen und Rechte gewährleistet werden. Wir fordern ein Kaskadenmodell, das die Anstellung von Frauen und Männern in der Wissenschaft nach der Geschlechterverteilung in der Studierendenschaft quotiert.

**Standards für befristete Beschäftigungsverhältnisse:** Befristete Beschäftigungsverhältnisse sind Sonderfälle. Das KIT soll im Allgemeinen unbefristet einstellen und damit

sichere Arbeitsplätze schaffen. Unsichere Arbeitsbedingungen schrecken qualifizierte Mitarbeiter\*innen ab. Insbesondere im Studienbüro spüren wir dies zurzeit schmerzlich.

### **V.3 Faire Praktika**

Wir fordern eine angemessene Betreuung und faire Entlohnung für Praktika. Praktika dienen der Berufsorientierung und sind Lernsituationen: sie ersetzen keine regulären Stellen. Deshalb fordern und unterstützen wir Kooperationen zwischen dem KIT und Initiativen wie FairCompany. Mit Unternehmen, die diese Ansprüche an Praktikumsstellen erfüllen, wollen wir eine Praktikumsmesse organisieren.

## VI HOCHSCHULFINANZIERUNG

Der Anteil der Mittel für die Hochschulfinanzierung an den Ausgaben von Bund und Ländern ist gemessen an den Staaten der OECD unterdurchschnittlich. Der Drittmittelanteil an den Gesamtmitteln ist inzwischen auf 20% gestiegen – betrachtet man nur die Forschungsmittel liegt machen private und staatliche Drittmittel sogar die Hälfte aus. Dies bedeutet zusätzliche Herausforderungen für die Politik, die eine solidarische Hochschulfinanzierung mit einer soliden staatlichen Grundfinanzierung gewährleisten muss, die längerfristige Planungssicherheit für die Hochschulen schafft!

### VI.1 Faire Allokation – Grund- und Drittmittel quotieren

Die finanziellen Ressourcen für das Hochschulwesen sind begrenzt. Daher müssen diese Mittel fair und effizient allokiert werden. Derzeit vereinen jedoch 20 Hochschulen allein 60% der eingeworbenen Drittmittel des größten Drittmittelgebers in Deutschland, der Deutschen Forschungsgemeinschaft, auf sich (DFG-Förderatlas 2012). Ein Trend zunehmenden Wettbewerbsdrucks ist spürbar. Wir setzen uns daher für eine bundesweit einheitliche Quote zwischen Grund- und Drittmitteln ein. Um diese Quote zu erreichen bzw. zu halten, müssen Drittmittelprojekte auch einen Beitrag zur Grundfinanzierung der Hochschule leisten. So können wir eine ausgeglichene Finanzierung der Hochschulen gewährleisten, eine ausufernde Verzerrung des Wettbewerbs um Drittmittel vermeiden und die Kompetitivität im Antragswesen dämpfen. Dabei muss sichergestellt werden, dass Grundmittel nicht zur Übernahme von Overhead-Kosten zweckentfremdet werden.

Gleichzeitig fordern wir eine Reform des Antragswesens um Drittmittel in Forschung als auch Lehre. Verschiedene wissenschaftliche Methoden und Fachrichtungen sind stets komplementär zueinander und niemals Substitute. Gegebenenfalls müssen weitere Quoten bei der Drittmittelvergabe einen Schutz von Orchideenfächern gewährleisten. Denn zu starke Dominanz der Mainstream-Forschung erstickt querdengerische Ansätze im Keim. Doch gerade diese Impulse sind einer der zentralen Treiber des wissenschaftlichen Fortschritts.

Dieser Fortschritt muss sich stets am gesellschaftlichen Kompass messen lassen. Aus diesem Grund muss auch die Finanzierung der Hochschulen gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen und gleichzeitig eine dominierende Einflussnahme verhindern. Bei der Festsetzung einer Quote zwischen Grundmitteln auf der einen Seite und öffentlichen sowie privaten Drittmitteln auf der anderen Seite muss dies beachtet werden.

Durch die institutionalisierte indirekte Korrelation zwischen eingeworbenen Drittmitteln und Grundmitteln führt der Ansatz einer bundeseinheitlichen Quote zu ausgeglichener Finanzierung und nimmt Teile des Wettbewerbs aus dem Antragswesen. Das Antragswesen ist als Instrument der gesellschaftlichen Orientierung wichtig, doch es darf keine methodische oder fachrichtungsspezifische Verzerrung auftreten.

## **VI.2 Reform der Bund-Länder-Finanzierungsprojekte**

**Hochschulpakt 2020:** Die Länder müssen in die Verantwortung genommen werden und die bereitgestellten Bundesmittel zum Studienplatzausbau vollständig abrufen. Insbesondere unter Beachtung des Bildungsberichts 2012, nach dem die Schätzung der Kultus-Minister-Konferenz zur Studienplatzentwicklung weiterhin unterdimensioniert ist. Gleichzeitig spricht die empirische Beobachtung, dass die Länder den Ausbau selbst mit Hilfe des Bundes kaum schaffen, für ein dauerhaftes Förderinstrument des Bundes. Wir kritisieren, dass der angelegte Finanzierungsschlüssel fixe Mittel trotz unterschiedlicher Ausbildungskosten zwischen Studiengängen vorsieht, was Anreize zur Schaffung "billiger" Studienplätze (z. B. in den Wirtschaftswissenschaften oder Geistes- und Sozialwissenschaften) schafft. Weiterhin sollte die Finanzierung nicht ausschließlich auf die Studienanfängerzahlen sondern auch auf die Absolventenquote (siehe unten) bezogen werden.

**Qualitätspakt Lehre:** Das Programm beugt das Kooperationsverbot (§91b GG) noch weiter als andere, da in der Antragsphase fast alle Anträge positiv beurteilt wurden. Bei einer Beteiligung von 90% der deutschen Hochschulen wurden schließlich fast 80% der Hochschulen und damit ca. 90% der Antragsteller gefördert. Nachgesteuert werden muss auch bei der Anreizkompatibilität des Qualitätspakts. Fördermittel sollten an die Durchführung bestimmter Maßnahmen gekoppelt werden. So setzen wir uns dafür ein, dass Mittel für Qualitätsverbesserungen in der Lehre nur dann ausbezahlt werden, wenn Dozierende auch an Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen.

**Absolvent\*innen-Quote:** Traditionellerweise werden die Grundmittel einer Hochschule nach der Anzahl der Studienanfänger\*innen ermittelt. Diese monokausale Berechnungsgrundlage setzt jedoch die falschen Anreize, eine hohe Abbruchquote wird insgeheim belohnt. Durch die teilweise Kopplung der Finanzierung an den Studienerfolg, d.h. die Absolvent\*innen-Quote, kann auch ein finanzieller Anreiz zu echter Chancengleichheit im Studium geschaffen werden. Wir fordern, dass neben dem Zugang auch der Abschluss als Finanzierungskriterium herangezogen wird, um Anreize für verzerrende Studienstrukturen zu verhindern.